

Agrarreform

Ende eines peinlichen Tabus?

Der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 22. Januar 2003, die EU-Subventionen für die agrarischen Erzeuger von der Produktion abzukoppeln, könnte als kulturpolitische Revolution sogar das bestandsfeste Agrartabu zum Einsturz bringen. Während die Naturvölker Tabus errichteten, um verwerfliche Taten, etwa Inzest, zu verhindern, geht unsere ‚aufgeklärte‘ Welt auch den umgekehrten Weg und belegt bereits begangene politische Verfehlungen mit einer Schweigepflicht, der sich ihre Bürger aus Scham oder aus Angst vor Bestrafung unterwerfen.

Klaus Pöhle

Der Völkermord an den armenischen Mitbürgern 1915/16 darf noch heute in der Türkei nicht eingestanden werden und ohne das Ausland wäre in der Bundesrepublik der Holocaust an den Juden kaum aufgearbeitet worden. Die Führung der DDR verhinderte dies bis zum Mauerfall. Aber was verdrängt wird, belastet eine Gesellschaft und hindert ihren Staat, sich frei im internationalen Leben zu bewegen. Die Türkei steht mit ihrem vierzigjährigen Bemühen um Aufnahme in die EG/EU für Gehemmtsein, die Bundesrepublik Deutschland für eine stetig wachsende Rolle in der Völkerfamilie.

Rechtliche oder materielle Bevorzugungen oder Benachteiligungen von Bevölkerungsgruppen (etwa Rassentrennung in den USA) bewegen sich in weniger hohen moralischen Dimensionen, weshalb Schweigemauern leichter durchbrochen und unter Mithilfe höchstrichterlicher Urteile sogar politische Kurswechsel erzwingbar werden.

Zu dieser Gruppe gehört die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP), die ab 1962 von Frankreich durchgesetzt wurde und die europäische Integration insgesamt forcierte. Agrarprodukte in die Zollunion einzubeziehen, kennzeichnete ohnehin den Mut der europäischen Integration. Zum tabubedürftigen Problemfall wurde sie durch ihre einseitig protektionistische Ausgestaltung insbesondere mit Marktordnungen für agrarische Grundprodukte wie Getreide, Rind- und Schweinefleisch, Milch usw.

Dass diese GAP zu einem ungewöhnlich breiten Spektrum an ‚Opfern‘ in jeweils hoher Zahl führte, verleiht diesem EU-Tabu einen zweifelhaften Rang. Zu beginnen ist mit den Bürgern, die zugleich Konsumenten und deshalb doppelt betroffen sind. Zwar eignet Stadtmenschen eine emotionale Zuneigung zum Lande, aber der Glaube, nur ein großer nationaler Reichsnährstand könne sie vor Hungersnöten schützen, dürfte schon länger erschüttert sein, nachdem die Produktivität landwirtschaftlicher Erzeugung seit dem 2. Weltkrieg Jahr für Jahr um rund 3% ansteigt, die wachsende EU immer mehr Erzeuger, Anbauflächen und Klimazonen umfasst und die heimische Versorgung von den Weltmärkten zusätzlich absichert wird. Das 2. Opfer ist eine volkswirtschaftliche Erkenntnis, wonach Produktivitätssteigerungen bei zu vielen Erzeugern gesetzmäßig zu Überschüssen führen und diese zum Sinken der Markterlöse. Aber für die sich aufdrängende Konsequenz, auf ein schnelles, aber sozialabgestütztes Sinken der Erzeugerzahl hinarbeiten, fehlte - anders als in den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland - vor allem in Deutschland und Frankreich der politische Mut. Zwar wurde die Hofaufgabe finanziell unterstützt, aber gleichzeitig die Landwirte mit vielfältigen Fördermaßnahmen zu aufwendigen Investitionen (Flurbereinigung, Aussiedlung aus der engen Dorfflur, leistungsfähigere Maschinen, Asphaltierung der Feldwege, Ausbau zu ‚Ferien auf dem Bauernhof‘ usw.) angeregt und damit die Möglichkeit eines Verbleibens im Beruf vorgetäuscht, was ohne gefügige Mittäterschaft von Parteien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und vor allem der Medien nicht durchgehalten worden wäre. Steuerzahler

Für die sich aufdrängende Konsequenz, auf ein schnelles, aber sozialabgestütztes Sinken der Erzeugerzahl hinarbeiten, fehlte vor allem in Deutschland und Frankreich der politische Mut.

Der Autor, lange stellvertretender Generalsekretär der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament, ist Mitbegründer des European Center for Parliamentary Research.

und Konsumenten wurden im Glauben gelassen, überall in der Welt werde die Agrarproduktion subventioniert und dabei verschwiegen, dass 15 Industrie- und/oder Schwellenstaaten (Cairns-Gruppe) immer energischer in der Welthandelsorganisation (WTO, früher GATT) auf Abbau der Agrarsubventionen der EU und der USA drängen, denn diese hindern die Entwicklungsländer am Aufbau einer leistungsfähigen Agrarwirtschaft zur Vermeidung von Hungersnöten. Ohnehin dürfte von den nicht sehr üppigen ‚Entwicklungshilfen‘ der Industriestaaten ein erheblicher Teil an die heimische Exportwirtschaft zurückfließen und die restliche, zumeist humanitäre Hilfe vielleicht die Schäden decken, welche durch die Agrarüberschüsse der EU verursacht werden, wenn diese zu Dumpingpreisen auf die Weltmärkte geworfen werden. Diese unfeine Praxis schwächt die ansonsten starke Stellung der großen Handelsmacht EU in der WTO und muss gegenwärtig mit ungenügendem Schutz für geistiges Eigentum (Bücher, Musik usw.) bezahlt werden.

Im Glauben an ihre Zukunft waren und sind überwiegend kleine Landwirte ohne aussichtsreiche Spezialisierung Opfer dieser hinhaltenden GAP. Sie klammern sich weiterhin an die ererbten Höfe und werten gemäß tradierter Deontologie („wir sichern die Ernährung“!) auf die Produktion bezogene Subventionen auch dann noch als gerechtfertigt, wenn sie 70% oder mehr ihres Einkommens ausmachen. Deshalb dürfte die geplante Umsteuerung auf pauschale Direktzahlungen ohne Verknüpfung mit Produktionsmengen ihre mühsam aufrechterhaltene bäuerliche Identität schwer erschüttern. Schon bisher blieben sie wegen eines dichten Netzes bürokratischer Vorgaben eher formal ‚Herren auf eigener Scholle‘, aber sie akzeptierten diese Abhängigkeit wegen zahlreicher steuerlicher und sozialpolitischer Vergünstigungen (z.B. pauschalierter Einkommensteuer, Krankenfürsorge, Rentenkassen). Auch das typische Unternehmerrisiko – Absatz ihrer Produkte auf den Märkten, deren Lagerung und eventuelle Verarbeitung – wurde ihnen von Interventionsstellen abgenommen.

Durch diese Privilegierung gegenüber Handwerk und kleinen Unternehmen wurde ihr Status eines mittelständischen Unternehmers bereits kräftig verändert in Richtung auf die neue, von der Reform intendierte Mischform, wonach sie ihre Höfe weiter bewirtschaften, aber im wesentlichen von der Allgemeinheit für die Einhaltung von Umwelt-, Tierschutz- und ökologischen Auflagen sowie für die Landschaftspflege besoldet und ‚unterhalten‘ werden, was von der WTO akzeptiert werden dürfte.

Dabei dürfte sie die Erkenntnis bitter ankommen, bisher benützt worden zu sein, um Betrieben mit günstigeren Produktionsbedingungen

zur allmählichen Wettbewerbsfähigkeit und zu zusätzlichen Renditen zu verhelfen, während die Subventionen ihnen kein Verbleiben im Markt ermöglichten. Statt auf das anfangs hohe Arbeitskräftereservoir in der Landwirtschaft zurückzugreifen, warb Deutschland während der langen Phase der Vollbeschäftigung Arbeitskräfte z.B. in der Türkei an. Allerdings wanderten viele kleinen Landwirte in die gewerbliche Wirtschaft ab und überließen ihren Frauen zusätzlich zu Familie, Herd und Haus auch noch Hof und Vieh. Damit folgten diese Nebenerwerbsbetriebe dem patriarchalisch geprägten Weltbild konservativer Parteien, die sich ihre Wählerschaft auf Kosten der Allgemeinheit erhalten wollte. Erstaunlicherweise beugten sich auch linke oder ökologische Parteien dem Agrartabu, obwohl die GAP den Verbrauchern bisher kaum preiswerte und gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Produkte bescherte. Denn, um überleben zu können, hatte Mengenproduktion auf Kosten der Böden, des Viehs usw. Vorrang für Landwirte, so dass sich Freunden der Natur eine schwindende Vielfalt an Fauna und Flora aufgrund extensiver Düngung und zahlreicher chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel darbietet. Aber auch Jäger können einen deutlichen Rückgang an Niederwild (Kaninchen, Hasen, Fasanen, Rebhühner) beklagen.

Ein nachhaltiger Umgang mit unserer Mutter Erde, wie es nun Ziel der Agrarreform ist, war bisher nicht das Anliegen der Landwirtschaft und ihrer Verbände, denen auch biologische erzeugte Lebensmittel ideologisch zuwider sind. Die hochindustrialisierte Ernährungsindustrie verwertet zur Veredelung Futter, das sie möglichst billig bekommen kann, zum „Futter fürs Volk“, wie ein kritisches Buch titelt.

Auch diese Reform wird verwässert und verteuert werden, denn die gesellschaftspolitischen und elektoralen Ursachen ideologischer Verbohrtheit sollen ebenso wenig eingestanden werden wie die über Jahrzehnte entstandenen erheblichen direkten und indirekten Kosten auf europäischer, nationaler und Länderebene. Um sie zusammenzutragen und der Varietät der Opfergruppen gerecht zu werden, wäre zur wissenschaftlichen Erforschung eine Enquetekommission erforderlich. Sie würde ein spannendes Lehrstück vorführen, wie Völker einerseits in eine globalisierte und hochtechnisierte Welt hineingeführt werden sollen und dies andererseits durch Hinauszögern unvermeidlicher Strukturereformen behindert wird.

Ernüchternd ist die Feststellung, dass unsere vernetzte Verbände-Demokratie den Bürgern einen öffentlichen Diskurs über einen ganzen wirtschaftlichen Sektor und seine Folgen vorenthalten kann. Hoffentlich führen diese Erkenntnisse nicht wieder zu einem peinlichen Tabu!

Auch diese Reform wird verwässert und verteuert werden, denn die gesellschaftspolitischen und elektoralen Ursachen ideologischer Verbohrtheit sollen ebenso wenig eingestanden werden wie die über Jahrzehnte entstandenen erheblichen direkten und indirekten Kosten auf europäischer, nationaler und Länderebene.
